

ULD - Postfach 71 16 - 24171 Kiel

An den
Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Holstenstraße 98
24103 Kiel
Tel.: 0431 988-1200
Fax: 0431 988-1223
Ansprechpartner/in:
Dr. Thilo Weichert
Durchwahl: 988-1200
Aktenzeichen:
LD -50.05/11.005

Kiel, 21. Oktober 2011

Einsatz von Software zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung

74. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 26. Oktober 2011, TOP 2

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) hat nach Bekanntwerden der Untersuchungen des Chaos Computer Club und der Pressemeldungen über den Einsatz von Software zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung eine Prüfung der Software und ihres Einsatzes beim Landeskriminalamt Schleswig-Holstein nach § 39 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) eingeleitet.

Eine Stellungnahme des Landeskriminalamts sowie das Verfahrensverzeichnis nach § 7 LDSG und die Verfahrensdokumentation nach der Datenschutzverordnung liegt dem ULD vor. Die Prüfung durch das ULD ist noch nicht abgeschlossen, hierfür sind die Vorlage weiterer Unterlagen sowie voraussichtlich eine Inaugenscheinnahme vor Ort erforderlich. Gleichwohl können auf der Grundlage der Stellungnahme des Landeskriminalamts sowie der vorgelegten Unterlagen erste Feststellungen getroffen werden, über die ich Sie informieren möchte. Eine Stellungnahme des Landeskriminalamts zu diesen Feststellungen füge ich als Anlage bei.

Das Landeskriminalamt hat mich gebeten, die mir zur Verfügung gestellten Informationen nur berechtigten Stellen mitzuteilen, da die Angaben zum verdeckten Vorgehen der Polizei einer besonderen Geheimhaltung unterliegen, ist aber mit einer Mitteilung an den Innen- und Rechtsausschuss einverstanden.

Zu dem Einsatz von Software zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung in Schleswig-Holstein kann ich nach meinen bisherigen Prüfungen folgende Feststellungen treffen:

1. Ob der Funktionsumfang der Software in den jeweiligen Einsätzen auf die Erfassung der Telekommunikation beschränkt war, lässt sich auf der Grundlage der vorgelegten Dokumente nicht feststellen.

Die Durchführung einer Quellen-Telekommunikationsüberwachung erfolgt nach den Angaben des Landeskriminalamts folgendermaßen:

Auf dem zu überwachenden Anschluss wird ein Programm, eine so genannte Capture Unit, aufgebracht. Diese erhebt die Kommunikationsdaten bereits vor deren Aussendung, die bei Nutzung von Internettelefondiensten üblicherweise verschlüsselt erfolgt. Die Erfassung und Ausleitung der Daten durch die Capture Unit erfolgt vor der Verschlüsselung der Daten durch den Telefon- oder Internetdiensteanbieter. Die erfassten Daten werden über mehrere Stationen (Proxy Server) an einen Rechner übermittelt, der sich im Gebäude des Landeskriminalamts befindet (Recording Unit). Die Übertragung der Daten erfolgt verschlüsselt, eine Entschlüsselung findet erst auf der Recording Unit bei der Polizei statt.

Mit der Durchführung der Maßnahme wurde bislang in jedem Einzelfall die Firma DigiTask GmbH mit Sitz in Hessen beauftragt. Die Leistungen der Firma DigiTask umfassten die Entwicklung der Software sowie die Bereitstellung der zu ihrem Einsatz erforderlichen Hardware, z.B. der Recording Unit. Die Hardware wird für jede Maßnahme der Quellen-TKÜ von der DigiTask GmbH angemietet.

Die Software wird für die jeweilige Maßnahme von der Firma DigiTask programmiert. Grundlage für den Funktionsumfang ist ein Auftrag des Landeskriminalamts, der auf einer Auswertung des gerichtlichen Beschlusses zur Anordnung der Maßnahme beruht. Vor Installation der Software wird diese im Landeskriminalamt von der Firma DigiTask vorgeführt und auf diese Weise der Funktionsumfang überprüft. Diese Vorführung und Überprüfung sowie daran anschließende Tests werden durch die Firma DigiTask dokumentiert.

Eine Kontrolle des Funktionsumfangs kann nur durch Untersuchung der Software selbst vorgenommen werden. Aus diesem Grund haben wir das Landeskriminalamt zur Vorlage der Software aufgefordert. Dem konnte das Landeskriminalamt nicht entsprechen, da „die mit der Firma DigiTask vereinbarten Abläufe keine Zugriffsmöglichkeiten der Polizei auf das Programm“ vorsehen. Der Quellcode der Software ist nur der Firma DigiTask bekannt und kann nur dort eingesehen werden.

2. Die Anforderungen an die Dokumentation nach DSVO sind nicht erfüllt.

Die vom Landeskriminalamt vorgelegte Dokumentation entspricht nicht vollständig den Anforderungen der Datenschutzverordnung Schleswig-Holstein. So fehlt etwa die Beschreibung der für das Verfahren verwendeten informationstechnischen Geräte einschließlich ihrer Standorte und ihrer Verbindungen zu anderen informationstechnischen Geräten (Netzwerkplan).

3. Die Anforderungen an die Datenverarbeitung im Auftrag sind nicht erfüllt.

Das Landeskriminalamt vertritt derzeit die Auffassung, bei der Beauftragung von DigiTask handele es sich nicht um eine Datenverarbeitung im Auftrag, da DigiTask selbst keine Kenntnis von den mit der Software verarbeiteten personenbezogenen Daten erhalte und keine eigenständige Datenverarbeitung vornehme. Nach Auffassung des ULD sind die von der Firma DigiTask erbrachten Leistungen jedoch als Datenverarbeitung im Auftrag nach § 17 LDSG anzusehen, da davon auszugehen ist, dass z.B. Daten über den zu infiltrierenden Rechner an DigiTask weitergegeben werden und dass die DigiTask GmbH die von ihr an das Landeskriminalamt vermieteten Rechner administriert. Da die Einordnung als Datenverarbeitung im

Auftrag davon abhängt, welche Leistungen DigiTask genau erbringt und der Leistungsumfang dem ULD nicht im Einzelnen bekannt ist, handelt es sich hierbei um eine vorläufige Bewertung. Ein entsprechender Vertrag mit der Firma DigiTask, der für eine Datenverarbeitung im Auftrag nach § 17 LDSG erforderlich wäre, wurde vom Landeskriminalamt nicht vorgelegt.

Das ULD wird die Prüfung beim Landeskriminalamt fortsetzen und über weitere Ergebnisse berichten.

Darüber hinaus steht das ULD in einem Austausch mit den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, die teilweise ebenfalls Prüfungen eingeleitet haben, und strebt eine Koordinierung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den jeweiligen Prüfungen in diesem Kreis an.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thilo Weichert

Anlage: Schreiben des Landeskriminalamts vom 21. Oktober 2011



Landeskriminalamt | Mühlenweg 166 | 24116 Kiel

Landeskriminalamt

Herrn
Dr. Thilo Weichert
Unabhängiges Landeszentrum
für Datenschutz Schleswig-Holstein
Holstenstraße 98
24103 Kiel

Der Leiter
Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

Hans-Werner Rogge

Telefon: 0431 160-4000
Telefax: 0431 160-4019

Kiel, 21. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Dr. Weichert,

ich habe Ihr Schreiben zum Einsatz von Software zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung vom 20. Oktober 2011 erhalten und nehme zu Ihren drei wesentlichen Feststellungen wie folgt Stellung:

zu 1. Ob der Funktionsumfang der Software in den jeweiligen Einsätzen auf die Erfassung der Telekommunikation beschränkt war, lässt sich nicht feststellen.

Aus Mitteilungen der LKÄ in Rheinland-Pfalz und Bayern weiß ich, dass die Firma DigiTask mit einer Überprüfung durch Landesbeauftragte für den Datenschutz einverstanden ist und diese in Ihre Firma einlädt.

zu 2. Die Anforderungen an die Dokumentation nach DSVO sind nicht erfüllt.

Die fehlende Beschreibung der eingesetzten informationstechnischen Geräte einschließlich ihrer Standorte und ihrer Verbindung (Netzwerkplan) wird von uns erstellt und Ihnen nachgeliefert.

zu 3. Die Anforderungen an die Datenverarbeitung im Auftrag sind nicht erfüllt.

Zu diesem Punkt haben wir in unserer Stellungnahme vom 19.10.2011 formuliert, dass keine Datenverarbeitung im Auftrag stattfindet und die beauftragte Firma lediglich technische Komponenten erstellt.

Sie kommen zu der Einschätzung, die Sie als vorläufige Bewertung bezeichnen, dass eine Datenverarbeitung im Auftrag erfolgt.

Wie Sie zu dieser Auffassung kommen, zumal Sie bisher lediglich unsere Stellungnahme vorliegen haben, erschließt sich mir nicht.

Zu Ihrer Information des Innen- und Rechtsausschusses

Es bestehen aus meiner Sicht formell keine Bedenken, Ihre Stellungnahme – wie von Ihnen beabsichtigt – dem Innen- und Rechtsausschuss vorzulegen.

Ich möchte Sie aber bitten, dieses Schreiben in der Anlage beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung:

Peter Fritzsche / Leiter Abt. 5 LKA
(Kriminaldirektor)